Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1268, Kaden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonten: Sächsische Staatsbank, Dresden, Bank d. Arbeiter, Angestellten u. Beamten, AG., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst“, außerdem „Volk und Zeit“ monatlich 1.80 M. zuzügl. 40 Pf. Trägerlohn. Postbezug 1.80 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 54 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261 u. 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2.50 M., abzüglich Preissenkung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 20 Pf. netto. Für Briefwiederleg. 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 71 | Dresden, Donnerstag, den 24. März 1932 | 43. Jahrgang

Wir fordern: Umbau der Wirtschaft!

Die Stimme der 14 Millionen Gewerkschafter

Der Ausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der in Bern in bedeutsamen Beratungen zur Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsplanung Stellung nahm, hat nach einem Bericht Leiparts über die Wirtschaftslage folgende Entschließung angenommen:

Mehr als 25 Millionen Arbeitslose der Welt sind der furchtbare Beweis für die Tatsache, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, einen Ausweg aus der durch ihn verschuldeten Wirtschaftskrise zu finden.

Produktion und Umsatz sind in nie dagewesenem Maße zusammengeschrumpft. Kreditkrise und Währungsverfall haben die Zerreißung der weltwirtschaftlichen Bindungen beschleunigt. Zollkrieg herrscht an Stelle der notwendigen handelspolitischen Abrüstung, Protektionismus in all seinen Formen verschärft das Tempo der Wirtschaftsdrosselung.

Die Anarchie des kapitalistischen Systems endete im Chaos der Krise, deren politische Begleiterscheinungen die Freiheit der Arbeiterklasse bedrohen.

Seit mehr als 10 Jahren hat der JGB. die Forderungen aufgestellt und vertreten, deren Erfüllung die ungeheure Notlage der Welt verhindert hätte; in den wirtschaftspolitischen Richtlinien, zuletzt im Züricher Programm 1931, sind diese Forderungen klar formuliert.

Im Namen seiner 14 Millionen Mitglieder und für die 25 Millionen Arbeitslosen in der Welt fordert der JGB., daß endlich die Folgerungen aus dem Versagen der kapitalistischen Wirtschaft gezogen werden und der Umbau der Wirtschaft erfolgt, ohne den es keinen Ausweg aus der Krise gibt.

Im Vordergrunde der sofortigen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung muß

Arbeitsbeschaffung für das Millionenheer der Erwerbslosen

stehen. Der JGB. verlangt mit allem Nachdruck, daß die vorhandenen Kreditmöglichkeiten nicht mehr für Rüstungszwecke und die Subventionierung fehlrationalisierter und bankrotter Wirtschaftsbetriebe verschleudert, sondern zur Finanzierung großzügiger Arbeitsbeschaffung verwendet werden.

Gleichzeitig muß endlich die Konsequenz aus der Tatsache gezogen werden, daß die vorhandene Arbeit in der Welt nicht mehr ausreicht, um alle Arbeiter und Angestellten voll zu beschäftigen. Rationalisierung und Krise zwingen gebieterisch, die 40-Stunden- oder 5-Tage-Woche als Höchstdauer der Arbeitszeit in allen Betrieben und allen Ländern endlich gesetzlich durchzuführen.

Zugleich mit diesen unmittelbaren Maßnahmen zur Linderung der Krise muß damit begonnen werden,

die Wirtschaft umzubauen.

Die letzten Jahre lassen eindeutig erkennen, daß die Entwicklung in der Welt zur Formierung großer, in sich geschlossener Wirtschaftseinheiten führt. Besonders dringlich ist die Aufgabe,

Europa als Wirtschaftseinheit zu organisieren,

unbeschadet ob und wann andere Teile der Welt sich zu planmäßiger Wirtschaftsführung zusammenfinden.

Diese großen Wirtschaftsgebiete dürfen nicht zu neuen Hochburgen für den Monopolkapitalismus werden. Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, sie mit ihrem ganzen Einfluß zu Planfeldern geregelter Produktion unter dem Gesichtspunkt der Bedarfseindeckung zu gestalten. Mit der Umformung der Gesamtwirtschaft, die das Gefüge der Welt neu entwickelt, muß daher die Erweiterung des Einflusses der öffentlichen Hand auf allen wichtigen Gebieten des Wirtschaftslebens parallel gehen.

Der JGB. wiederholt eindringlich die wichtigsten internationalen Forderungen des Tages:

Planmäßige Rohstoffgewinnung — planmäßige Güterverteilung — Planwirtschaft im Kreditwesen durch Vereinheitlichung des Notenbankwesens — Regelung des Geldwesens durch Schaffung einer einheitlichen internationalen Währung — schärfste Aufsicht über Banken und Börsen durch demokratische Kontrollämter — Brechung der kapitalistischen Monopolgewalten durch schärfste Monopolkontrolle.

Mehr als je ist es heute die Pflicht aller Arbeiterorganisationen, diese unbedingt notwendigen Forderungen im Interesse der internationalen Gesamtlösung solidarisch und ohne Rücksichtnahme auf die zeitweisen engeren Interessen eines einzelnen Landes mit allem Nachdruck zu verfechten.

Beamte als Nazi-Spione

Die Haussuchungen enthüllten sie

D. Berlin, 24. März. (Eig. Funkspruch.) Die preußische Polizeiaktion gegen die NSDAP. hat zahlreiches Material insbesondere gegen Beamte zutage gefördert, die in ihrer Dienststelle vor ihren Vorgesetzten nicht nur katzbuckeln können, tatsächlich aber bereits seit Jahren oder Monaten für die NSDAP. Spionagedienste leisteten und Amtsgeheimnisse preisgaben. Es ist selbstverständlich, daß diese Beamten ihrer Stellung sofort enthoben werden. Uebrigens hat sich ein Teil dieser Gesellschaft bald nach den Haussuchungen „krank“ gemeldet und damit seine ganze Feigheit dokumentiert. Sie lassen sich vom „verhaßten System“ gut und gern bezahlen, bespitzeln und verleumden es hinterrücks heimtückisch — und wenn sie ertappt werden, sind sie „krank“, um ihr Gehalt weiter beziehen zu können und schließlich pensioniert zu werden. Alles von dem guten verfluchten „System“.

*

Der Polizeiinspektor war selber Spion!

Alle Beamte bespitzelt und überwacht!

S. Oberhausen, 24. März. (Eig. Funk.) Bei Haussuchungen in einem Oberhausener SA.-Heim wurden u. a. Listen gefunden, die von einem Stadtsekretär Hasselmann und einem Polizeiinspektor der Verwaltung des Polizeipräsidiums Oberhausen, Strömer, aufgestellt worden waren. In diesen Listen sind sämtliche Beamte und Angestellte der Stadtverwaltung und des Polizeipräsidiums mit ihrer Parteizugehörigkeit vermerkt. Es wird weiter darüber Auskunft gegeben, ob der Betreffende dem Nationalsozialismus „zuverlässig“ erscheint oder nicht, ob er nach der Besitzergreifung der Macht durch die Nationalsozialisten entlassen oder überwacht werden muß oder für welche Stellung er später vorgesehen werden kann. Hasselmann ist bereits von seinem Amt suspendiert worden. Strömer hat sich vor einigen Tagen „krank“ gemeldet. Ein Disziplinarverfahren gegen ihn ist eingeleitet.

Macht Schluß!

Kampfruf der christlichen Gewerkschaften gegen hakenkreuzlerische Verhetzung

Köln, 23. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Kölner christlichen Gewerkschaften erklären in dem Geschäftsbericht ihres Bezirkskartells, „daß sie sich schärfstens gegen jene Kreise und Parteien wenden, die einem nationalistischen Ueberschwang frönen und mit ihrem nationalen Aushängeschild Zielstrebungen verdecken, die Volk und Nation dem Chaos und die Arbeiterschaft neuer Knechtung entgegenführe. Die christlichen Gewerkschaften lehnen den Nationalsozialismus schärfstens ab. Ein christlicher Gewerkschafter kann nicht Mitglied der Nationalsozialisten sein, wie überhaupt die Mitgliedschaft bei jeder Umsturzpartei grundsätzlich unmöglich ist.“

Auf den gleichen Ton war auch die Generalversammlung des Bezirkskartells der christlichen Gewerkschaften Kölns gestimmt. Der Vorsitzende des Kartells erklärte unter anderem: Der 13. März habe nicht zuletzt durch die entschlossene Haltung der westdeutschen Arbeiterschaft das Ziel politisch- und sozialreaktionärer Kreise scheitern lassen. Die christliche Arbeiterschaft sei willens, die Abrechnung am 10. April endgültig zu vollziehen, weil sie endlich die innere Ruhe wolle. In der Aussprache wurden diese Worte immer wieder unterstrichen. Wenn man schon von „Schlußmachen“ spreche, dann solle man erfahren, daß die christliche Arbeiterschaft entschlossen sei, Schluß zu machen mit der unverantwortlichen Volksverhetzung, mit der Sabotierung der sozialen Lebensrechte der deutschen Arbeiterschaft, mit dem Mißbrauch, der durch die bewußte Krisensuggestion der Nazis auf Volk und Wirtschaft ruht.

Von der Regierung des Reiches und der Länder wurde ein energisches Einschreiten gegen die offensichtliche Bürgerkriegsvorbereitung durch die kasernenmäßig zusammengezogenen Sturmtruppen der Nationalsozialisten verlangt.

Um Preußen

H. F. Der jetzige Preußische Landtag wurde am 20. Mai 1928 gewählt. Bis zu diesem Monatstag im laufenden Jahre muß ein neuer an die Stelle des alten treten. Die Neuwahl soll am 24. April — nur zwei Wochen nach der zweiten Präsidentenwahl — steigen. Sie wird, wie der 13. März, ein Entscheidungstag für das politische Leben Deutschlands. Von ihr hängt nicht nur das Schicksal der preußischen, sondern auch das der Reichsregierung ab. Bürgerliche Parteien, wie die Deutsche Volkspartei, wahrscheinlich auch die Wirtschaftspartei, die für Hindenburg gegen Hitler eintreten, werden bei Neugestaltung der beiden Regierungen wahrscheinlich auf der anderen Seite sein. Zum Unterschied von der Präsidentenwahl tritt der Kampf der Parteien gegeneinander wieder in die Erscheinung. Er wird schroff und schwer sein. Die gesamte Reaktion setzt große Hoffnungen auf die Wahl in Preußen, nachdem ihr am 13. März der große Wurf nicht gelungen ist.

Die preußische Position war immer stark umstritten und mehrfach gefährdet. Ein Rückblick auf vergangene Jahre gibt ein recht anschauliches Bild. Das Leben der Regierung hing mehr als einmal an einem Faden. Bis zur Wahl im Jahre 1924 war in Preußen die Große Koalition am Ruder. Danach schied die Deutsche Volkspartei aus. Die nun folgende Weimarer Koalition hatte keine tragfähige Mehrheit; sie konnte mit Sicherheit auf 222 Stimmen rechnen, die Opposition zählte 226 Stimmen. Daneben gab es noch zwei Polen, die meist mit der Regierung gingen. So konnte es bei dieser zweifelhaften Konstellation kommen, daß das Kabinett Braun am 23. Januar 1925 mit Stimmengleichheit gestürzt wurde: 221 zu 221! Ein gewiß einzigartiger Fall. Und so ging es nachdem eine Zeitlang in dieser Unsicherheit hin und her. Anläufe zur Bildung einer neuen Regierung scheiterten viermal hintereinander, zweimal mit Otto Braun, je einmal mit dem Zentrumsmann Marx und dem Demokraten Höpker als Kandidaten für den Ministerpräsidenten. Diesen Zustand verschuldeten hauptsächlich die Kommunisten mit ihren 44 Mandaten. Zwei Tage vor dem Regierungssturz ließ der volksparteiliche Abgeordnete Steudel im Landtag eine Erklärung gegen „die starke beherrschende Stellung der Sozialdemokratie in Preußen“ los. Das Ziel seiner Partei war der Bürgerblock. Nach ungefähr fünf Monaten des Wurstelns konnte endlich ein neues Kabinett Braun auf der Grundlage der Weimarer Koalition — Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten — gebildet werden. Man stand also auf dem alten Fleck. Einige Volksparteiler waren von der Front der Opposition ausgebrochen, wahrscheinlich abkommandiert. Nur so konnte aus einer starken Minderheit eine schwache Mehrheit für eine Regierung Braun werden. Ohnedies wäre sie eine „geschäftsführende“ geblieben, wie sie inzwischen fast in Mode gekommen sind; in Sachsen und Bayern bestehen solche seit Jahr und Tag. Die Kommunisten wären also auch dann mit ihrer Verwirrungstaktik nicht auf ihre Rechnung gekommen. Manchmal kam ihnen wohl ein wenig Erleuchtung. Als die Rechtsopposition im Oktober 1925 einen Mißtrauensantrag gegen den Innenminister Severing einbrachte, fiel der Antrag, weil die Kommunisten nicht mit stimmten. Später machten sie es wieder anders, mal so, mal so. Politik des Unberechenbaren und der Unzurechnungsfähigkeit.

So ging das weiter. Im März 1926 unternahm die Opposition einen neuen Vorstoß gegen das Gesamtkabinett, der an wenigen Stimmen scheiterte. Einige unsichere Kantonisten in den Reihen der Regierungsgegner führten diese Entscheidung herbei. Severing aber schien man doch mürbe

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19320324/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG